

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 69

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Mittwoch, den 22. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
40 Bsp., auswärts 50 Bsp., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Bei der Eröffnung der Breslauer Messe hielt der preussische Ministerpräsident Braun eine Rede gegen die Autonomie Oberschlesiens.
- * Die Interalliierte Grenzkommission hat beschlossen, fünf deutsche Dörfer an der Weichsel den Polen zuzusprechen.
- * Der Preussische Landtag hat seine Sitzungen bis zum 27. März vertagt.
- * In Genua sind die Vorbereitungen für die internationale Wirtschaftskonferenz in vollem Gange.
- * Nach einer noch unbestätigten Wiener Meldung soll die bulgarische Militärpartei das Kabinett Stambulinski gestürzt und die Militärdiktatur ausgerufen haben.
- * Der amerikanische Kongress hat ein Gesetz angenommen, in dem ausdrücklich abgelehnt wird, deutsche Schuldverschreibungen an Stelle von Zahlungen seitens der Verbündeten anzunehmen.
- * Der Dollar erreichte am Montag an der Berliner Börse den Stand von 305.

Der Dollar — der Dollar!

Mit unerbittlicher Beharrlichkeit strebt der Dollar, nachdem er von seinem einstigen Höchststand jählings in gewaltigen Sprüngen um rund 100 Punkte herabgestürzt war, wieder nach oben. Schon hat er die 300-Mark-Grenze abermals überschritten, und niemand kann wissen, ob er danach nun haltmachen oder mit der gleichen fürchterlichen Selbstverständlichkeit, die ihn jetzt Tag für Tag nach oben treibt, seinen verhängnisvollen Weg weiter fortsetzen wird. Wir Deutsche haben uns nachgerade schon daran gewöhnt, der Entwertung unserer Mark wie einem unentrinnbaren Schauspiel zuzuschauen. Wir lassen sie über uns ergehen, als müßte es so sein, und nur wenige Männer und Schichten denken überhaupt noch an die Möglichkeit, einen Schutzdeich gegen diese verderbenbringende Flut aufzurichten zu wollen, die Tod und Verzweiflung über uns alle bringen muß. Denn seit Jahren geht schon der Kampf, den unsere besten Kräfte um die Gesundung der Währung zu führen suchen, immer in der stillen Hoffnung, daß doch wenigstens einmal unsere Gegner zur Vernunft gelangen möchten, weil schließlich unser Unglück auch ihnen zum Verderben gereichen müßte. Aber der Glaube an diese Möglichkeit ist im Laufe der Jahre nahezu völlig dahingeschwunden, und wo er heute noch ab und an einmal wieder anzutreffen ist, da gleicht er höchstens noch einem mühsam sich behauptenden Flämmchen, das dem Erlöschen nahe ist. Während er doch die Kraft haben müßte, Sorge zu versetzen, wenn das Unheil, das uns bedroht, noch abgewendet werden soll.

Man tut so, als wäre das ständige Steigen des Dollars eigentlich gar nicht recht zu verstehen; oder man stellt sich wenigstens so, als fehle es für diese Erscheinung an ausreichenden Gründen. Und doch darf man wohl sagen, daß schon allein die Tatsache der französischen Sabotage gegen Genua hinreichen muß, um die neueste Entwicklung der Geldmarktsverhältnisse hinreichend zu begründen. Die großen Bankherren der Welt lassen ihrer nicht spotten. Und noch weniger die Wirtschaftsfaktoren, von denen nun einmal unser Wohl und Wehe abhängt. Seit Monaten bereits zieht sich die Entscheidung der Reparationskommission über das deutsche Schuldengeld hin, und was jetzt über ihren Inhalt durchsickert, wird sicherlich nicht dazu beitragen, der deutschen Mark wieder etwas auf die Beine zu helfen. Man will einmal für 1922 an einem Jahresbetrag festhalten, der für die deutschen Finanzen unerträglich ist, und will außerdem das Zugeständnis des Moratoriums an Bedingungen knüpfen, die die Unordnung in unserem Geldwesen nur noch erhöhen können. Genannt werden als solche die Autonomie der Reichsbank, die bereits unterwegs ist; das Gleichgewicht des Staatshaushalts mit Hilfe von Steuern oder inneren Anleihen, die uns keineswegs diesem Ziele näherbringen können; die Unterdrückung der Auswanderung der Kapitalflucht, mit der die Reichsregierung seit Jahr und Tag eifrig beschäftigt ist; die Heimführung der geflüchteten Auslandsdevisen, die ohne Mitwirkung der fremden Regierungen undurchführbar ist; die Einschränkung des Notenumlaufs, von der uns unter den gegebenen Umständen kein Mensch sagen kann, wie sie zu ermöglichen wäre, und endlich die regelmäßig wiederkehrende Veröffentlichung der Finanz- und Handelsstatistik wie vor dem Kriege, über die sich natürlich da sie eine einfache Selbstverständlichkeit betrifft, ohne weiteres reden ließe. Aber die Erfüllung dieser Garantiebedingungen soll kurz befristet sein und von der Garantiekommission kontrolliert werden. Hinter dieser Kontrolle verbirgt sich natürlich der Wunsch, die deutsche Regierung noch mehr, als es bisher schon der Fall war, unter die Gewalt der Entente zu bringen, unserer Gesetzgebung wie unserer Verwaltung die Wege vorzuschreiben, die sie zum besten der Entente — zu gehen haben.

Wenn ein Weg zu erkennen wäre, wie diesem Unverstand der Weltmächte einigermaßen wenigstens begegnet werden könnte, dann würden die großen Börsen in der Welt wohl noch vertrauen, daß er sich durchsetzen ließe. Aber die Hoffnungen auf England und seine führenden Minister sind längst in sich zusammengebrochen, und der Versuch der amerikanischen Regierung, durch nachdrückliche Hinweise auf ihre Gläubigerrechte gegenüber den Entente-Staaten diese zur Vernunft zu bringen, wird auch nicht viel mehr denn als eine schöne Geste bewertet, die auf den tatsächlichen Gang der Dinge ohne Einfluß bleiben muß. Ein Mann wie Poincaré, dem es in der kurzen Zeit seiner neuen Ministerpräsidentenschaft schon gelungen ist, das französische Volk abermals mit chauvinistischem Geist zu erfüllen, weicht nicht zurück vor klauwollen Kongressbeschlüssen, so lange sie auf dem Papier stehen. Er hat, als noch Friede über Europa lag, ganz andere Kräfte des Widerstandes überwunden, um den Weltkrieg zu entfesseln, den er für seine Revanchepläne, für seine politischen Ziele

brauchte. Und da der Vertrag von Versailles ihn noch nicht bis ans letzte Ende seiner Wünsche gebracht hat, so ist er fest entschlossen, mit den Mitteln, die für ihn die Fortsetzung des Krieges bedeuten, das zuzuholen, was Wilson und Lloyd George seinem Lande schuldig geblieben sind. Aus den Trümmern der europäischen Wirtschaft glaubt er für Frankreich immer noch herausholen zu können, was ihm beehrenswert erscheint und woran er um so hartnäckiger festhält, als er erst mit diesem Zusammenbruch von dem Gängelband freizuwenden hofft, das die Alliierten des Weltkrieges jetzt noch notdürftig zusammenhält. Auf den Rhein als die zukünftige Grenze der französischen Republik bleibt sein Blick gerichtet, und durch keine solidarischen Interessen Europas oder gar der Welt wird er sich beirren lassen, dieses Ziel niemals aufzugeben. Das aber ist der Kern des ganzen Unglücks, unter dem wir leiden. Und weil diese Lage auch für diejenigen Kreise, die die Kurse der Welt bestimmen, unüberlebensbar geworden ist, haben sie jede Hoffnung auf Besserung der Wirtschaftsaussichten verloren.

Daß sie ihnen endgültig abhanden gekommen sei, soll allerdings nicht gesagt werden; ebenso wenig wie in der Politik darf auch in der Wirtschaft niemals "niemals" gesagt werden. Aber wie lange Deutschland noch in diesem feinen, das Kurpfuschertum der Ententeurzte auszuhalten, steht auf einem andern Brett. —

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Bayern und das Reich.

Seit längerer Zeit wird eine innerquellende Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich über eine angebliche Bspiegelung Bayerns geführt. Dazu gab jetzt der bayerische Minister des Innern Dr. Schönerer eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß sich der Beweis einer von Staatskommissar Dr. Weismann oder einer anderen Berliner Stelle organisierten Bspiegelung Bayerns aus Anlaß des Erzberger-Mordes nicht erbringen lasse, aber es stehe andererseits fest, daß in Bayern tatsächlich politische Beobachter ihr Unwesen trieben und daß ihre falschen und einseitigen Berichte den Weg nach Berlin zu finden wußten. Es gehe aber nicht an, daß derartige in Berlin einlaufendes Material dort bearbeitet und verwertet werde, ohne daß man die zuständigen bayerischen Stellen überhaupt höre. Er habe über diese seine Auffassung auch in Berlin seinen Zweifel geäußert, und dieser Standpunkt sei auch von den Vertretern der Reichsregierung anerkannt worden.

Minister Severing zum Beamtenstreik.

Der preussische Minister des Innern hat an die Polizeibeamtensverbände Preußens eine Verfügung gerichtet, in der u. a. ausgeführt wird, daß er wie auch sein ganzes Ministerium seit jeder den Standpunkt vertreten haben, daß grundsätzlich der Beamtenstreik ein Streikrecht nicht zuzubilligen ist. Es bedürfe einer zweifelsfreien Festlegung dieser Grundsätze in den Satzungen aller Verbände, denen Polizeibeamte angehören. Demgemäß ersuche er um eine bestimmte und unzweideutige Äußerung binnen Monatsfrist darüber, a) ob die Beamten keinen Ausführungen über die Pflichten der Polizeibeamten beitreten, b) ob sich eine entsprechende Bestimmung in ihren Satzungen befindet, c) ob sie im Falle der Verneinung der Frage (zu b) zur Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in ihre Satzungen bereit sind.

Französische Gewerkschaftler in Deutschland.

Eine Delegation von Führern des französischen Bauarbeiterverbandes hat sich zu Studienzwecken nach Deutschland begeben und zwar besonders zum Studium der sozialen Baubetriebe. Es soll ferner das mit den deutschen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. zur Jahreswende abgeschlossene Abkommen für die Wiederherstellungsbauarbeiten Nordfrankreichs ausgebaut werden. Die Delegation begibt sich nach Köln, Essen, Dortmund, Magdeburg und Berlin.

Das Saargebiet wird ausgelastet.

Die Ausplünderung des Saargebietes durch Ausländer, besonders Lothringer, hat neuerdings einen solchen Umfang angenommen, daß Beauftragte der einheimischen Bevölkerung bei der Regierungskommission um sofortige durchgreifende Maßnahmen ersuchten. Vielfach ist die Grenze vollkommen offen und unbewacht. Täglich rollen zahlreiche Lastkraftwagen und Fuhrwerke hochbeladen der Grenze zu. Nachweisbar weilen täglich Tausende von lothringischen Ausländern im Saargebiet.

Die Unterdrückung des Deutschtums in Polen.

Der Hauptkrisenleiter des Posener Tagesblattes, Löwenthal, ist kürzlich durch das Posener Kreisgericht wegen eines Artikels über die bekannte Vertreibung deutscher Ansiedler zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Obwohl bereits zahlreiche deutsche Ansiedler durch die polnischen Gewaltmaßnahmen zum Verlassen ihrer Grundstücke ohne angemessene Entschädigung gezwungen worden sind, hat der Präsident des polnischen Landesamtes unter Eid jede gewaltsame Vertreibung und Wegnahme ohne Entschädigung bestritten. Der von Löwenthal angebotene Wahrheitsbeweis ist vom Gericht abgelehnt worden. — So achten die Polen den „Minderheitenschutz“.

Das geplante Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Reichsregierung beabsichtigt, eine Neuordnung des Arbeitsgerichtswesens in die Wege zu leiten. Die an Stelle des Gesetzes über die Kaufmanns- und Gewerbegerichte sowie der entsprechenden Bestimmungen der Demobilisationsverordnung einzurichtenden Arbeitsgerichte sollen die Schlichtungsausschüsse, die Gewerbegerichte und die Kaufmannsgerichte ersetzen. Die Arbeitsgerichte sollen

aus einem präsumptiven Richter des Amtsgerichts als Vorsitzendem und zwei Beisitzern bestehen, von denen der eine ein Arbeitgeber, der andere ein Arbeitnehmer sein muß. In zweiter Instanz sollen die bei den Landgerichten neu zu bildenden Landesarbeitsgerichte, in dritter Instanz das beim Reichsgericht zu bildende Reichsarbeitsgericht entscheiden.

Die Sachlieferungen für Frankreich.

Kürzlich ist bekanntlich mit Belgien ein neues Sachlieferungsabkommen auf der Grundlage des „freien Verkehrs“ abgeschlossen worden, dessen Vorteile sich jetzt auch Frankreich verschaffen möchte. Die von einem französischen Delegierten in Vertin geführten, aber noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen haben vorläufig zu Abmachungen geführt, die zwar Frankreich nach wie vor die Vorteile des Wiesbadener Abkommens sichern, aber das in den Abmachungen mit Belgien vorgesehene Verfahren für Vergebung und Ausführung der Bestellungen, sowie für die Preisbestimmung auch auf Frankreich ausdehnen.

Frankreich.

× Angstvolle Rechenkunststücke. Im Rahmen einer wüsten Hezrede in der französischen Kammer hat der frühere französische Handelsminister Maac wieder einmal „bewiesen“, wie gefährlich die angebliche heimliche Waffenfabrikation in Deutschland, die Kriegervereine und die technische Industrie für Frankreichs Sicherheit sind. Am meisten Sorge macht ihm aber die deutsche Bevölkerungszahl im Jahre — 1970! Er berechnet, daß im Jahre 1970 Frankreich 54 Millionen Einwohner haben könne, Deutschland 80, England 53, Italien 50 und die Vereinigten Staaten 160 Millionen. Das war für ihn Grund genug, energisch für die Beibehaltung der 14-jährigen Dienstzeit in Frankreich einzutreten.

Großbritannien.

× Englischer Kredit für die hungernden Russen. Der von der Regierung vorgeschlagene Zusatzkredit von 100 000 Pfund Sterling zur Bekämpfung des Hungers in Rußland ist vom Unterhause angenommen worden. Das Parlamentenmitglied Barnes erklärte, 20 Millionen Russen seien täglich vom Hungertod bedroht, wenigstens 10 Millionen würden dieses Jahr sterben, wenn nicht angemessene Schritte getan würden, um die Überlebenden zu ernähren und Saatforn für die nächste Ernte zu beschaffen.

× Unruhe in Ostafrika. Die Engländer haben in Nairobi (Britisch-Ostafrika) kürzlich einen Aufwiegler namens Thutu verhaftet. Infolgedessen drangen etwa 1000 Eingeborene vom Stamme der Kiluhus in Nairobi ein und forderten die Freilassung Thutus. Eine große Anzahl Eingeborener aus dem Innern sowie eingeborene Hausarbeiter haben sich der Bewegung angeschlossen. Die herbeigeeilten Truppen gaben Feuer und zerstörten die Eingeborenen, von denen etwa 20 getötet und 30 verletzt wurden.

Italien.

× Vor dem Ende der päpstlichen Gefangenschaft. Nach römischen Meldungen plant Papst Pius XI. eine große Überraschung. Bei der Beendigung des eucharistischen Kongresses im Mai d. Js. will der Papst aus dem Vatikan herauszutreten und unter dem Petersportikus, also außerhalb des Vatikans, eine feierliche Prozession abhalten. Damit würde die Legende der sogenannten päpstlichen Gefangenschaft zerstört werden, obgleich der den Petersplatz im Halbkreis umfassende Portikus wenigstens architektonisch zum Komplex der apostolischen Paläste gehört.

Bulgarien.

× Neue Kriegsgefahr. Südslawien, Rumänien und Griechenland, die Verbündeten aus dem zweiten Balkankriege, zeigen Lust, aufs neue gegen Bulgarien vom Leder zu ziehen. Die Regierungen von Belgrad, Bukarest und Athen wollen an Bulgarien ein Ultimatum richten, in dem sie die sofortige Einstellung der Tätigkeit bulgarischer Banden begehren. Würde dem Ultimatum nicht entsprochen werden, dann würden über Bulgarien militärische Sanktionen verhängt werden. In Serbien werden seit etwa vierzehn Tagen militärische Vorbereitungen getroffen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die am 18. März fällige achte Deladenzahlung in Höhe von 31 Millionen Goldmark ist pünktlich an die Reparationskommission geleistet worden. Der Gesamtbetrag der bisherigen Deladenzahlungen beläuft sich damit auf 248 Millionen Goldmark.

Berlin. Am 21. März findet in Berlin eine Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister der Länder statt, die sich vor allem mit der kommenden Getreidewirtschaft beschäftigen wird. Man erwartet, daß bis dahin die Neuabsetzung des Reichsernährungsministeriums erfolgt sein wird.

London. Nach einer Neuermeldung aus Peshawar hat der Emir von Afghanistan im ganzen Gebiet der unabhängigen Stämme eine Grundbesitzverbreitung lassen, in der er mitteilt, daß er mit England Frieden geschlossen hat.

Washington. Im Senat sprachen drei Senatoren gegen die weitere Belassung amerikanischer Truppen im Rhein-Besetzungsgebiet. Senator Lodge erklärte, die Truppen würden, sobald es sich durchführen ließe, beimarschiert werden.

Deutscher Reichstag.

(191. Sitzung.)

CB. Berlin, 20. März.

Heute begann die zweite Lesung der Steuerborlagen. Der Anfang wurde mit der Vermögenssteuer gemacht. Nach Paragraph 1 der Vermögenssteuer wird vom 1. Januar 1923 ab eine

jährliche Vermögenssteuer

erhoben. Für die Dauer von 15 Jahren erhöht sich diese Steuer um gewisse Zuschläge. Der Zuschlag beträgt jährlich für die natürlichen Personen für die ersten 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 100 Prozent, für die nächsten 250 000 Mark 150 Prozent und für die weiteren Beträge 200 Prozent.

Die Vermögenssteuer selbst beträgt jährlich für die naturgenussfähigen Personen von den ersten 250 000 Mark des steuerpflichtigen Vermögens 1 von 1000, für die nächsten 250 000 Mark 1½ von 1000, für die folgenden 250 000 Mark 2 von 1000, für die nächsten 250 000 Mark 3 von 1000, für die nächsten 1 Million 4 von 1000, für die nächsten 2 Millionen 5 von 1000, für die nächsten 3 Millionen 6 von 1000, für die nächsten 4 Millionen 7 von 1000, für die nächsten 5 Millionen 8 von 1000, für die nächsten 10 Millionen 9 von 1000 und für die weiteren Beträge 10 von 1000. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich 1½ von 1000 des steuerpflichtigen Vermögens.

Hg. Dr. Helfferich (Deutschland) betonte u. a., ich will nicht darüber rechten, ob nicht auch ohne Kompromiß die nach unserer Ansicht ungerechtfertigte Erhöhung des Tarifes durchzusetzen wäre. Die Kampfbereitschaft der Deutschen Volkspartei gegen die Mittelstandspolitik der Deutschen Nationalen ist keineswegs fremdenfeindlich zu nennen. Auf die Dauer werden Steuern in solcher Höhe nicht erhoben werden können. Wenn es der Regierung nicht gelingt, in anderer Weise den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, können wir alle einpaß. Die in dem Wiesbadener Abkommen uns auferlegten Sachleistungen sind genau so phantastisch und unmöglich wie die übrigen Reparationsforderungen. Wir sehen in der Ratifizierung dieses Abkommens ohne Befragung des Reichstages eine Verfassungsverletzung. Wir begrüßen es anerkennend, daß die Deutsche Volkspartei in der Zwangsanleihe nur eine einschränkende Maßnahme sieht. Wenn sie aber auch mit dieser Einschränkung ihr zustimmt, so unterwirft sie damit ohne weiteres die Erfüllungspolitik des Reiches der Willkür der Regierung. Der Welt muß die ungeschminkte Wahrheit über unser Vermögen gesagt werden. Eingriffe in die Vermögenssicherung dürfen außerdem nur in Verbindung mit einer

erfolgreichen. Wir beantragen die Aufnahme der Ausfuhrbeschränkung, wonach die Höhe des steuerfreien Vermögensbeitrages und die Staffelung der Veränderung des Geldwertes angepaßt werden soll, als zwingende Vorschrift in das Gesetz. Hg. Goldmann (U.S.G.): Eine genügende Reichsvermögenssteuer würde ein Duzend einzelner Steuerbefreiungen überflüssig machen. In den letzten vierzehn Tagen sind die Preise für Bedarfsartikel erschreckend in die Höhe gegangen, so daß einerseits eine Verelendung der Massen sich zeigt, während auf der anderen Seite dagegen ein Parastitutum sich breit macht, das nicht weiß, wie es sein Geld ausgeben soll. Die Steuerpflicht der bestehenden Klassen trägt die Schuld daran. Dabei hat man uns damit getrieben, die Sozialisierung sei nicht mehr notwendig, da man in Form von Steuern das gleiche erreichen werde.

Hg. Haeckel (Komm.) erklärte, die Vermögenssteuer ist weit entfernt davon, eine wirkliche Belastung des Volkes herbeizuführen. Sie ist im Ausmaß noch weiter vermindert worden. Von den Deutschen Nationalen bis zu den sogenannten Demokraten waren die Bürgerlichen bemüht, den Staat um die Steuer zu bemogeln nach Strich und Faden. Die Zwangsanleihe ist nur eine Kapitalanlage für den Besitz, der auf Kosten des verarmten Proletariats daraus noch satten Zinsen schückt. Wir beantragen, das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April 1922 zu verschieben und die Dauer von 15 Jahren auf 30 Jahre zu erhöhen.

Hg. Rahmann (Soz.) erklärte u. a.: Wir haben darauf verzichtet, in der so bequemen Opposition zu verharren. Allerdings haben wir Zugeständnisse machen müssen, aber man ist uns auch weit entgegengekommen. Die arbeitenden Massen werden dem Herrn Koenen und seinen Freunden nicht die Gefolgschaft leisten, die sie sich wünschen. Wir haben auch die Forderung auf

Beteiligung des Reiches an den Sachwerten beim Kompromiß nicht aufgegeben. (Lachen bei den Kommunisten.) Mit den Verhandlungen haben wir nichts zu tun. Wenn die Unabhängigen mitgemacht hätten, wären wir sicherlich mehr erreicht haben. Die Vermögenssteuer ergibt in 15 Jahren weit mehr als ein Notopfer gehen würde. Es ist also nicht wahr, daß das Notopfer den Besitzenden geschenkt worden sei. Wenn Herr Dr. Helfferich keine Erfüllungspolitik haben wollte, hätte er sich 1915 und 1916 von der Kriegspolitik abwenden müssen. Sie, zu der Rechten gewandt, sind schuld an unserer heutigen Lage. Die Steuern sind schwer, aber nicht unerträglich. Das zeigt der Lurus auf dem Lande. Der Reichtum der Landwirtschaft ist ungeheuerlich. Die Steuerpolitik des Kompromisses muß bis zum Ende durchgeführt werden. Hieraus wurde § 1 der Vorlage in der Ausschussfassung unverändert angenommen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1923 in Kraft.

§ 2 setzt fest, wer der Steuerpflicht unterliegt. Hg. Dr. Helfferich (Deutsch.) beantragte das ausländische Grund- und Betriebsvermögen deutscher Steuerfrei zu lassen. Reichsfinanzminister Dr. Hermes erwiderte, diesen Antrag abzulehnen, und bemerkte dazu, die Kritik des Hg. Dr. Helfferich an dem Verhalten des Reichsfinanzministers geht weit über Maß und Ziel hinaus. Wir müssen alles tun, die auswärtige Lage des Reiches zu erleichtern. Die Freilassung des ausländischen Grund- und Betriebsvermögens würde ein Anreiz dafür sein, Kapital in Zukunft in derartigem ausländischen Vermögen anzulegen.

Nachdem sich noch die Abgeordneten Dr. Becker-Hessen (D. Volksp.), Dr. Fischer-Röhl (Dem.) und Dr. Herz

(U.S.G.) zu dem Antrag geäußert hatten, wurde der Antrag abgelehnt und die § 2, 3 und 4 wurden in der Ausschussfassung angenommen. Auch § 5 wurde nach Ablehnung verschiedener Anträge der äußersten Linken in der Ausschussfassung genehmigt.

Fünf deutsche Weichfeldörfer in Gefahr!

Drohende Auslieferung an Polen.

Die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission, die längs der Weichsel die neue Grenze zwischen Deutschland und Polen zieht, hat sich jetzt auf den Standpunkt eines Beschlusses der Völkerverkonferenz vom 12. August 1920 gestellt, durch den die fünf Dörfer Johannsburg, Ankenbeich, Kienlebenau, Kramersdorf und Klein-Weise sowie der Hafen von Kurze-Brach Deutschland gewonnen und Polen angeheftet werden. Die Grenzfestsetzungskommission hat diesen Entschluß der Völkerverkonferenz für vollstreckbar erklärt, so daß das Gebiet am 31. März an Polen übergeben werden mußte. Die deutsche Regierung hat bei der Völkerverkonferenz um einen Aufschub dieser Maßregel nachgesucht, bis eine im Gang befindliche Sachverständigen-Untersuchung über diese Frage abgeschlossen ist. Besonders bezeichnend ist dabei, daß die Kommission diesen Beschlusse gefaßt hat, obwohl eine frühere Sachverständigenberatung sich mit Stimmenmehrheit für die Belassung der Dörfer bei Deutschland entschied. In der Bevölkerung an der Weichsel herrscht angesichts der drohenden Gefahr der Auslieferung an Polen große Erregung.

Vorbereitungen in Genua.

Der vielumstrittene Lloyd George.

Während besonders in der englischen Presse der verschiedenen Parteilichungen der Kampf um die Frage, ob Genua nur ein Bluff sei, oder ob wirklich eine Konferenz, die Hand und Fuß hat, dort zu einem bestimmten, in unermindelter Festigkeit weitergeht, treffen die Italiener eifrige Vorbereitungen, um die Stadt für die Tausende politischer Gäste empfangsbereit zu machen. Öffentliche Gebäude, Privathäuser und Gärten und Anlagen werden auf neue in Ordnung gebracht. Von den verschiedenen Delegationen wird ein Teil an der Riviera und ein anderer Teil in der Stadt selbst untergebracht werden. Am Schluß wird bis vor den Eingang an der Rückseite eine besondere Eisenbahnlinie angelegt, damit die an der Riviera einquartierten Abgeordneten bis dicht vor das Schloß fahren können. Die Plenarsitzungen werden im großen Ballsaal des Schlosses stattfinden. Für Pressevertreter ist der Palazzo Patrone in ein sogenanntes Pressehaus umgewandelt worden. Telefon, Telegraphenabteilungen, Schreibstube, Lesesäle, Telefonzellen, von wo aus man direkt mit London, Berlin usw. sprechen kann, werden dort eingerichtet.

Lloyd George mit Familie.

Der englische Premierminister, der in seiner Heimat von den Konservativen wegen seiner irischen und ägyptischen Politik als ein Mann bezeichnet wird, der ein Reich zwar verlieren, aber nicht verworfen oder gar wieder erobern könne, denkt nach den Meldungen der ihm nahestehenden Presse gar nicht daran, auf seinen Lieblingsgedanken von der großen Konferenz zu verzichten. Neuerdings verlautet, daß er sogar seine Frau und seine Tochter mit an die Riviera nehmen will und bereits Verhandlungen wegen Überlassung einer Villa für sich und seine Familie eingeleitet habe.

Änderungen im Programm?

Nach Pariser Berichten scheint es, daß auf der Sachverständigenkonferenz in London die Grundlagen für die Konferenz von Genua eine wesentliche Veränderung erfahren haben. Vor allem will man anscheinend die russische Frage nach Möglichkeit ausschalten. Das Programm der englischen Regierung gilt neuerdings vor allem der Stabilisierung der Kurse. Außerdem scheint man sich auch nicht über den Plan des europäischen Wiederaufbaufonds einig zu sein. Unter diesen Umständen drohe die Konferenz von Genua lediglich eine Handelskonferenz zu werden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth

hat in einer Unterredung mit dem italienischen Abgeordneten Mussolini über Genua besonders bedauert, daß die Vereinigten Staaten die Teilnahme abgelehnt haben. Nach seiner Ansicht sei der endgültige Wiederaufbau Europas nur möglich, wenn sich die Vereinigten Staaten an dieser Arbeit beteiligten. Für den russischen Wiederaufbau aber sei sie nicht imstande, auf ihre Ansprüche zu verzichten; Harry wisse sehr wohl, wie wenig sie an jenem Reichtum und an seiner Person gelegen sei; sie verlange nur, daß er sie mit seinem Namen decke und als Ehrenmann für die Konsequenzen des einst gegebenen Ehrenwortes bis zur letzten Infanz eintrete.

Mit dieser Erklärung hatte sie hocherborenen Hauptes den Salon verlassen und sich in ihr Schlafzimmer eingeschlossen.

Als Harry das Konversationszimmer des Westflüßels betrat, kam ihm Paul Hausmann, den ein Klubdiener inzwischen von seiner Ankunft verständigt hatte, bereits aus der Tür des anstoßenden Spielsaals entgegen. „Ich habe dich um diese Zusammenkunft gebeten, lieber Paul“, begrüßte Harry den Freund, „um dir noch einmal mein aufrichtiges Bedauern darüber auszusprechen, daß ich mich bei deinem letzten Besuche von meiner Erregung in so unqualifizierbarer Weise habe hinreißen lassen!“

Mit einer abwehrenden Geste bewegte Paul die Hand. „Die Sache ist begraben und vergessen, Harry! Ich habe deine Erregung recht wohl verstanden und sie dir darum auch nicht weiter nachgetragen! Und ich freue mich, daß du in deiner Zwischenzeit dein Unrecht eingesehen hast!“

Harry nickte zustimmend. „Ja, Paul, ich habe mein Unrecht eingesehen, ich habe aber auch das andere eingesehen, daß ich mich bei der Abweisung deiner Schwester nicht beruhigen kann! Lotte muß die Meinen werden! Um jeden Preis! Und du darfst mir deinen Beistand hierzu nicht verweigern!“

Paul zwuckte die Achseln. „Du weißt, Harry, daß ich mit deinem Wunsche durchaus sympathisiere. Du kennst aber auch Lottes Starrsinn und das Fiasco, das ich bereits einmal als dein Freiwerber gemacht habe!“

„Vielleicht bist du ein zweites Mal glücklicher, Paul! Ich bin zu jeder Konzeption bereit, höre dich, zu jeder Konzeption! Ich kann halt nicht von Lotte ablassen! Du ahnst ja gar nicht, wie mich die Sache bewegt! Dazu dann noch der unaussprechliche geschäftliche Ärger und lebenswichtige Auftritte mit Ellen! Manchmal möchte ich wirklich allen Mut verlieren!“

„Hast du dich denn mit Fräulein Walzen noch immer nicht restlos auseinandergelegt?“ fragte Paul erstaunt. „Du sagtest mir doch bereits vor vier Wochen, daß dein Anwalt mit ihr

Allesamt könne Deutschland kein Kapital abfordern, sondern nur die Hälfte und selbst seiner Techniker. Im Verhältnis zwischen Italien und Deutschland die Beziehungen als das Wichtigste. Der Reichsfinanzminister wollte noch nicht zu sagen, ob er persönlich an der Konferenz von Genua teilnehmen werde.

Gegen Oberschlesiens Autonomie.

Eröffnung der Breslauer Frühjahrsmesse.

Breslau, 20. März. Die Breslauer Frühjahrsmesse wurde gestern durch einen Festakt im Rarmorhall der Jahrhunderthalle eröffnet. Anwesend waren Reichswirtschaftsminister Schmidt, der Preussische Ministerpräsident Braun, Handelsminister Siering, Reichspräsident Loebe, Vertreter ausländischer Staaten, Vertreter der schlesischen staatlichen und städtischen Behörden u. a. Der Vorsitzende des Messeauschusses begrüßte im Namen der Messegesellschaft die Gäste. Nach ihm sprach der Staatskommissar der Breslauer Messe, Regierungspräsident Jandke, worauf ein Rundgang durch die Messe folgte.

Bei einem Festessen überbrachte dann Reichswirtschaftsminister Schmidt die Grüße der Reichsregierung. Nachdem dann noch die Oberpräsidenten Zimmer und Bitta sowie Reichspräsident Loebe gesprochen hatten, ergriff der Preussische Ministerpräsident Braun das Wort.

Rein neuer Kleinkaat.

Der Ministerpräsident erinnerte an die schweren Zeiten für die oft so heiß umstrittenen schlesischen Provinzen und erklärte, daß er sich von kleinem preussischen Provinzialismus frei fühle, wenn er sage: „Die Schlesien industriell und gewerblich im Rahmen eines ihm seine besondere Sorgfalt zuwendenden großen Staatswesens zu hoher Blüte aufgestiegen ist, so wird es auch seine wirtschaftlichen Zukunftspunkte am sichersten als ungeeiltes festes Glied des preussischen Staatsgefüges erreichen können. Nichts wäre für das unter der Last des Friedensdiktats seufzende deutsche Volk verderblicher als die Steigerung der deutschen Kleinkaaterei, die letzten Endes zur Schwächung unserer Wirtschaftskraft und zur politischen Machtlosigkeit führen muß. Die Errichtung neuer, kaum lebensfähiger Staatsgebilde durch Abtrennung von größeren Staaten müßte geradezu verhängnisvoll wirken.“

Diese Ausführungen über das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen wurden von den Versammelten mit lebhaftem Beifall aufgenommen, jedoch wird in der Presse Kritik in dem Sinne an der Rede geübt, daß sie auf die Losrennungsbemühungen anfeuernd wirken könne.

Generaloberst v. Hausen f.

Dresden, 20. März.

Einer der bekanntesten Heerführer des ersten Kriegesjahres, der sächsische Generaloberst v. Hausen, ist gestern in Dresden gestorben. General v. Hausen war im Jahre 1846 in Dresden geboren und stieg zu den höchsten Ehrenstellen empor. Im Jahre 1892 wurde er Chef des sächsischen Generalstabes und im Jahre 1900 kommandierender General des 12. Armee Korps. Bis zum Kriegsausbruch war er Kriegsminister in Sachsen und übernahm im August 1914 die Führung einer der Armeen, die in breiter Front durch Belgien und Frankreich bis an die Marne vorstießen. Nach der Marne schied erkrankte der Generaloberst schwer an der Ruhr und trat vom Kommando zurück. Die böswilligen Gerüchte, die sich damals an seinen für den verdienstvollen Heerführer selbst so schmerzlichen Abschied knüpften, sind inzwischen längst widerlegt worden.

Sofales und Provinzielles.

Salver, den 22. März 1922

□ Schülerferienarten. Nach einer Bekanntmachung der Eisenbahnverwaltung werden mit Wirkung vom 1. April neue Bestimmungen über die Ausgabe von Ferienkarten in Kraft treten. Danach werden Ferienkarten nicht nur für die ordentlichen Studierenden ausgeben, vielmehr ist der Benutzerkreis auch auf die Schüler der Gymnasien, Prorealschulen, Oberrealschulen, Realschulen, Mittelschulen, Bürger- und Volksschulen, Höheren Mädchenschulen, Seminaren, Präparandenanstalten, Fortbildungsschulen, Blindenanstalten, Taubstummenanstalten sowie auf die Schüler der staatlich genehmigten Privatschulen mit dem Ziele vor

wegen einer entsprechenden Abfindung in Verbindung getreten sei!

„Justizrat Stern muß die Sache hervorragend geschickt angegangen haben!“ war die höhnische Antwort. „Denn Ellen hat ihn einfach zur Tür hinauskomplimentiert und ihm rundweg erklärt, daß sie nur mit mir und sonst mit niemand anders verhandle! Ich bin, nebenbei gesagt, persönlich auch um keinen Schritt mit ihr weitergekommen. Sie beharrt auf ihrem Schein und hängt an mir wie eine lästige Kette! Das ist schließlich aber meine geringste Sorge; dergleichen Affären lassen sich schließlich doch noch mit Geld erledigen. Viel näher geht mir dagegen der Fall deiner Schwester! Glaubst du übrigens Paul, daß bei ihr vielleicht irgend ein anderes Herzensinteresse vorliegt, das für sie bei Ablehnung meiner Werbung bestimmend gewesen sein kann?“

„Ein anderes Herzensinteresse?“ wiederholte Paul nachdenklich. „Nicht, daß ich wüßte, Harry! Allerdings bin ich in letzter Zeit auch nur selten nach der Steglitzer Straße gekommen, um hierüber aus eigener Anschauung urteilen zu können! Soviel ich einmal gelegentlich von meiner Mutter hörte, bestand bei Lotte im vorigen Jahre eine ernsthafte Neigung für den damals bei uns verkehrenden Schriftsteller Kurt Rasmus! Wie dies Verhältnis aber jetzt liegt, entzieht sich völlig meiner Kenntnis! Ich weiß nicht einmal, ob Rasmus überhaupt noch in Berlin ist! Seit dem Tode meines Vaters hab' ich ihn jedenfalls nicht mehr zu Gesicht bekommen!“

„Ich will und muß aber Gewißheit haben!“

Harry war aufgesprungen und durchmaß mit großen Schritten die Weite des saalartigen Raumes.

„Es wird sich doch auf irgend eine Art feststellen lassen, ob zwischen Rasmus und Fräulein Lotte noch eine Verbindung besteht. Was meinst du, Paul, wenn wir ein Detektivbureau mit der Verfolgung der Angelegenheit betrauten?“

„Ein Detektivbureau? Nein, Harry!“

Ein Rest ritterlichen Empfindens regte sich in Paul. „Ich kann doch unmöglich die Hand dazu bieten, daß meine eigene Schwester wie eine Verbrecherin überwacht und beobachtet wird!“

„Über Paul, werde doch nur nicht sentimental!“ Mit ungeheurem Erstaunen sah Harry dem Freunde ins Gesicht.

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

36) Von auf einer mehrwöchigen großen Geschäftsreise durch die englischen Kohlenbezirke hatte er von London aus an Paul Hausmann einen langen Entschuldigungsbrief gerichtet und ihm für die Zeit seiner Rückkehr nach Berlin um eine persönliche Zusammenkunft gebeten, auf der er Gelegenheit nehmen könnte, seine schriftliche Revokation noch einmal in aller Form mündlich zu wiederholen.

Die Antwort Pauls war, wie Harry vorausgesehen, in zustimmendem Sinne ausgefallen und das Konversationszimmer des Westflüßels als ein neutraler Rendezvousort ausgemacht worden.

Harry hatte Paul unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem letzten Bahnhof von seinem Wiedereintreffen in der Reichshauptstadt telephonisch Mitteilung gemacht und war dann nach einer viertelstündigen geschäftlichen Konferenz mit seinem Generaldirektor noch in später Nacht zu Ellen gefahren.

Er hatte sich auf der Reise von Hamburg nach Berlin fest entschlossen, seine Beziehungen zur Nachstraße, koste es, was es wolle, ein für allemal abzubrechen und mit Ellen, wenn irgend möglich, noch heute zu einer abschließenden Klärstellung ihres Verhältnisses zu kommen, ehe er sich mit Paul Hausmann über weitere Schritte in der Angelegenheit seiner Schwester einigte.

In einer leidenschaftlichen, beiderseits mit äußerster Erbitterung geführten Auseinandersetzung hatte er Ellen ohne weitere Präliminarien eine Abfindungssumme von dreihunderttausend Mark angeboten, wenn sie ihrer Heiratsanpreisung entsagte, mit dieser Zusage jedoch eine entwürfene Abweisung erföhren.

Mit zornbebender Stimme hatte ihm das junge Mädchen erklärt, seine Worte enthielten für sie eine so unerhörte Beleidigung, daß sie es eigentlich für unter ihrer Würde hielt, darauf überhaupt auch nur zu antworten.

Es sei sich seit langem schon der Tatsache bewußt, daß er mit allen Mitteln danach strebe, sich seinen einfachsten menschlichen Verpflichtungen zu entziehen; auch gebe sie sich darüber keinerlei Illusionen hin, daß ihr ganzes Verhältnis nur noch einen losen, äußeren Zusammenhalt darstelle, unter dessen dünner Decke ein tiefinnerlicher, feindlicher Gegensatz schlummere.

Fortsetzung folgt.

born

Böcherfrucht zeigen wir die glückliche
Geburt eines

Mädels

an.

Erwin Dahlhaus u. Frau
Paula geb. Barking

Salver, 20. März 1922.

Walter Barking

Bulda Barking

geb. Guilhaus

Vermählte

Gahlen b. Schermbeck, den 22. März 1922.

Statt Karlen.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Eugen Steckel

Friedel Steckel

geb. Clever

Lüdenscheid
Wilhelmstr. 9

Ehringhausen
b. Oberbrügge

22. März 1922.



Arbeitsam war ihr Leben,
Du dachtest nie an Dich,
nur für die Deinen streben,
war Deine höchste Pflicht.
Nun ruhe still in Frieden, geliebtes Mutterherz,
beweint von Deinen Lieben
in tiefem, tiefem Schmerz.

Heute nachmittag 3 Uhr entschlief plötzlich
und unerwartet meine liebe Gattin, unsere
herzensgute, uns unvergessliche Mutter, Schwie-
germutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin
und Tante

Frau Wilhelm Heukelbach

Anna geb. Wülfrath

im Alter von 55 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernd Hinterbliebenen.

Wasserfuhr b. Kierspe, und Rönshahl,
den 20. März 1922.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. März
nachm. 3 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Nachruf!



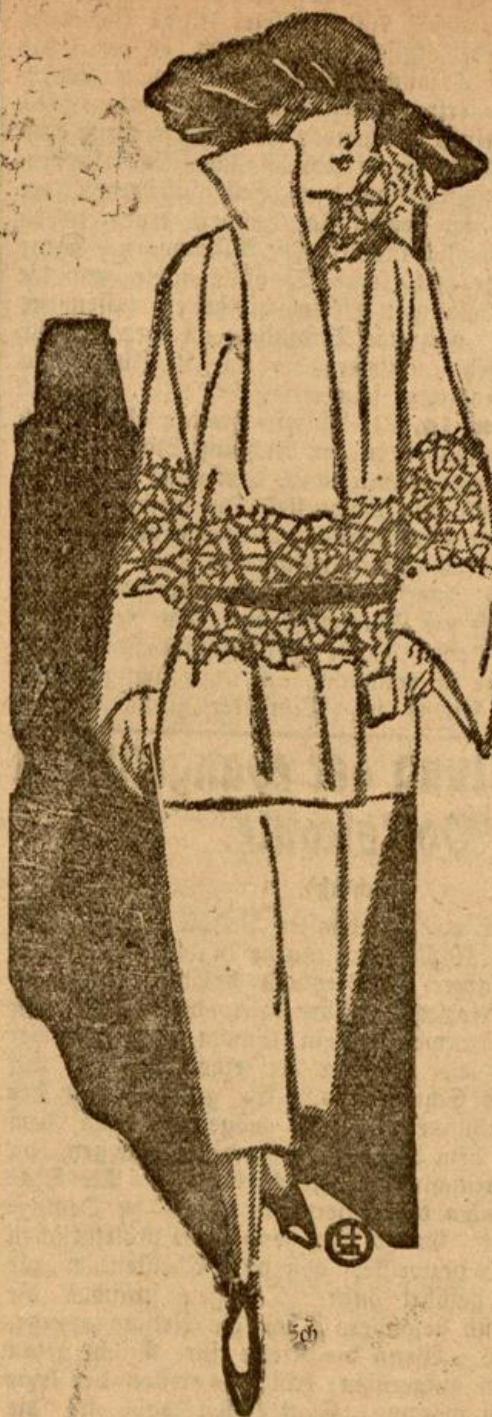
Am Samstag, den 18. ds. Mts. starb nach
kürzer, schwerer Krankheit im Städtischen
Krankenhaus zu Lüdenscheid die Arbeiterin

Marta Skibitzki

im Alter von 26 Jahren.

Durch steten Fleiss und ihren aufrichtigen
Charakter hat sie sich die Liebe aller erworben.
Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.

Die Inhaber, Angestellten u. Arbeiter
der Firma Gebr. Jaeger, Schalksmühle.



Trotz der dauernden Steigerung
der Preise haben wir noch Be-
stände in preiswerter

Damen-Konfektion

die 50 % unter dem heutigen
Tagespreis sind.

Jackenkleider 950.-
aus blauem und schwarzem
Kammgarn 1390.-

Jackenkleider 1350.-
elegante Form, blau, grau u.
braun 1675.-

Damen-Mäntel 490.-
aus Cheviot, schöne Dessins
Alpakka 790.- 575.-

Tuch-Mäntel 690.-
blau, schwarz und farbig
1500.- 1050.-

Covercoat-Mäntel 590.-
mit schönen Seitenpartien
1150.- 775.-

Tailenkleider 450.-
reine Wolle 890.- 650.-

Tailenkleider 1250.-
elegante Gabardine, Seiden-
Twill etc. 2300.- 1650.-

Blusen 99.-
Wolle, Seide, m. lang. Ärmeln
u. Jumper 450.- 275.- 165.-

Röcke 85.-
auch für
starke Personen
blau, schwarz und farbig
390.- 225.- 135.-

Etagengeschäft

Münch-Berg

12 Hagen i. W. 12
Elberfelderstr. 12

Verkauf nur
1. Etage

Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)

PIANOS

mit Klangsteg
D. R. G. M. 458443

Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente

unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit

Roth & Junius
Holz-Piano- und Flügel-Fabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Evangel. Männer- u. Jünglings-Verein Halver
wird am Sonntag, 26. März, nachmittags 4 Uhr, den dies-
jährigen Knaben einen

Konfirmanden-Abend

geben Ansprachen, Chorgesänge u. Deklamatorium wechseln ab.
Alle Konfirmanden mit ihren Angehörigen und Freunde der
Jugendpflege und verzierung sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Rektoratschule Schalksmühle.

Die Aufnahmeprüfung

findet am Mittwoch, den 5. April um 10 Uhr vormittags
statt. Anmeldungen nimmt jederzeit entgegen

Halverscheid, Rektor.

Westfälischer Bauern-Verein Halver.

Donnerstag, den 23. März 1922, nachmittags 5 Uhr
findet im Gasthof „zur Post“ ein

Bauern tag

statt.

Tagesordnung: Vortrag über wirtschaftspolitische Fragen
insbesondere Steuerfragen.
2. Verschiedenes Der Vorstand.

Es werden zu Ostern eine Anzahl schulentlassener

Mädchen und Knaben

eingestellt.

Wir bitten, Anmeldungen mögl. schon jetzt zu bewerkstelligen.

Gebr. Jäger,
Fabrik elektrotechnischer Bedarfsartikel,
Schalksmühle i. Westf.

Auf meinen

Fettweiden

werden noch Kühe und Rinder gegen Weideloohn angenommen

Carl Ripper, Barmert b. Rönshahl.

6 junge

Schäferhunde

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftsstelle
des Allgem. Anz., Halver.

Zukunft!

Glick, Reichtum, Eheleben, Cha-
rakter wird nach Astrologie (Stern-
deutung) berechnet. Gebe Rat in
Ehe, Geschäft und Streben. Nur
Geburtsdatum u. Schrift einfinden.
Streng reell und wissenschaftlich. Viele
Dankschreiben aufzuweisen.

Thews, Hannover, Manenstraße 3

Blasenschwäche

beseitigt mit glänzendem
Erfolge.

Täglich einlaufende Anerkennungen
Auskunft frei.

Institut Naumer
Recklinghausen i. W. N. 225.

Zigarren! Zigaretten!

Rauch- und Raubatabak
nur beste Qualitäten!

Echte Brunerereisen u. -Nagen,
Zigarren- u. Zigarettenspitzen
Tabakdosen und -Beutel.

Zigarren- u. Zigarettenetuis
in großer Auswahl empfiehlt
Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Donnerstag nachmittag erhalte
ich prima belgische

Fohlen
(Jährlinge.)

Hugo Kerspe, Halver,
Telefon 52

Zum baldigen Eintritt

2—3 geübte

Bankarbeiter

gesucht

Reitz & Schürmann,
G. m. b. H.
Halver in Westfalen.

15 Legehühner
(21er Brut) zu verkaufen.

Zu erfragen bei

Paul Bungenberg,
Kierspe-Bahnhof.

Schafstamm

zugelassen.

Gegen Erstattung der Futter-
und Zückerkosten innerhalb
3 Tagen abzugeben, andernfalls
wird selbiges als Eigentum be-
trachtet.

August Ostermann,
Kierspe-Bahnhof.

Am Donnerstag morgen von
7—8 Uhr bei Herrn Tasche in
Brügge, von 11—12 Uhr bei
Herrn Cramer in Kierspe-
Bhf. und um 3 Uhr in Bär-
hausen mit

la. Oldenburger
Schweine

zum Verkauf

Kämpfer, Drenning,
Telefon 1123 Lüdenscheid